

<b>ANTRAG</b> Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadtrat Ingo Wellenreuther (CDU) Stadtrat Rainer Weinbrecht (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion  vom 24.11.2010	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>20. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>25.01.2011</b> <b>632</b> <b>12</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Rauchfreie Spielplätze in Karlsruhe</b>		

Die CDU-Fraktion beantragt:

1. § 5 (Benutzung der Kinderspielplätze und Spiele) der Polizeiverordnung der Stadt Karlsruhe zum Schutz der öffentlichen Anlagen (Grünanlagenverordnung) wird um einen Absatz ergänzt, der das Rauchen auf Karlsruher Kinderspielplätzen verbietet.
2. Auf allen Karlsruher Kinderspielplätzen werden gut sichtbare Schilder (DIN A3) mit dem Text aufgestellt: „Dieser Spielplatz ist rauchfrei! Seien Sie Vorbild. Kinder haben ein Recht auf gesunde Spielräume.“

### **Sachverhalt/Begründung:**

In Zigarettenfiltern sammeln sich toxische und krebserzeugende Substanzen aus dem Rauch in hoher Konzentration an. Als Müllobjekte geben Zigarettenkippen die in Resttabak und Filter gespeicherten Giftstoffe wieder ab, u. a. Nikotin, Arsen sowie Schwermetalle wie Blei, Kupfer, Chrom und Cadmium. Das toxische Potenzial von Zigarettenkippen stellt insbesondere für Kinder eine Gefahr dar. Verschluckte Zigarettenkippen können bei Kleinkindern Symptome einer Vergiftung hervorrufen. Rauchen auf Spielplätzen führt neben der Verschmutzung durch Kippen zu anderen Problemen: Zum einen sind rauchende Personen ein schlechtes Vorbild für die Kinder, zum anderen könnten Kinder dem Tabakrauch ausgesetzt sein.

Die Hauptgefahr ist, dass kleine Kinder mit herumliegenden Kippen spielen, diese in den Mund nehmen und schlucken können. In verschiedenen Städten gibt es kommunale Rauchverbote auf Spielplätzen, z. B. in Heidelberg, Bottrop, Magdeburg, Köln und Wolfsburg. Ein Rauchverbot auf Spielplätzen würde durch eine appellierende, große Beschilderung eher befolgt werden, als wenn so eine Beschilderung fehlen würde.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Ingo Wellenreuther

Rainer Weinbrecht

Hauptamt - Sitzungsdienste -

14. Januar 2011